

# ÖVP für Klarnamen bei Bewertungen, Grüne irritiert

## Auch Datenschützer sehen die Pläne skeptisch

*Peter Zellinger*

Fake-Bewertungen und Bot-Armeen würden wirtschaftlichen Schaden verursachen, ist sich ÖVP-Generalsekretär Christian Stocker sicher. Zudem lasse sich nicht einmal sicher sagen, ob hinter der schlechten Rezension Mensch oder Maschine stecke. Nicht nur deshalb müsse eine Klarnamenpflicht her, denn „was in der realen Welt gilt, muss online auch gelten“, so Stocker. Der Hass im Netz stehe dem im realen Leben nämlich um nichts nach, meint man bei der Volkspartei, weshalb sich nach Nehammers „Österreich-Plan“ niemand mehr in der vermeintlichen Anonymität des Internets verstecken können soll.

Florian Tursky, Staatssekretär für Digitalisierung, wählte bei der am Mittwoch abgehaltenen Pressekonferenz zu diesem Thema ein drastisches Beispiel: „Eine Frau geht auf der Straße und wird sexuell belästigt. Da ist es nur natürlich, dass die Polizei den Täter anhält und die Identität feststellt.“ Auch bei Wiederbetätigung sei klar, dass man Täter zur Verantwortung ziehen müsse. Im Netz sei das aber nicht der Fall. Eine Klarnamenpflicht bedeute nicht, dass man keine Nicknames mehr verwenden dürfe. Die Userinnen und User sollen sich laut den Plänen der ÖVP nämlich direkt bei den Plattformen selbst ausweisen, die Strafverfolgungsbehörden sollen dann im Verdachtsfall darauf zugreifen können.

### Kritische Gegenstimmen

Die ÖVP-Pläne stoßen bei Datenschützern auf Kopfschütteln. Thomas Lohninger von Epicenter Works spricht von „ÖVP-Luftschlössern“. Die Ideen seien zudem klar europarechtswidrig, und die Verschärfung des DSA (sogenanntes Gold Plating, also die Übererfüllung von EU-Vorgaben) würde vor keinem Höchstgericht halten. „Die ÖVP recycelt hier ihre Idee für einen digitalen Ausweiszwang, die bereits 2019 gescheitert ist.“ Bei Epicenter Works weist man außerdem darauf hin, dass Klarnamen politische Verfolgung ermöglichen. Das Internet sei ein öffentlicher Raum, und wie auf der Straße auch habe man ein Recht darauf, sich anonym zu bewegen. Niemand müsse ein Namensschild vor sich hertragen. Dieses Recht müsse auch für das Internet gelten.

Auch beim grünen Koalitionspartner kommen die neuerlichen Pläne, eine Ausweispflicht im Netz einzuführen, weniger gut an. In einer Aussendung fordert der Digitalsprecher der Grünen, Süleyman Zorba, „realistische und technisch machbare Lösungen, die nicht die Meinungsfreiheit einschränken und auch vor den Höchstgerichten halten“. Bewertungsplattformen müssten dazu verpflichtet werden, Hürden gegen unverifizierte Bewertungen und Massen-Fakes einzuziehen.

Welche Folgen eine Klarnamenpflicht haben kann, kann man am Beispiel Südkorea beobachten. Im Jahr 2007 wurden alle Onlineplattformen mit über 100.000 Userinnen verpflichtet, Klarnamen anzugeben. Tatsächlich gingen Hassnachrichten und Beschimpfungen zurück – anfänglich. Kurz darauf erreichte die Menge an Beleidigungen wieder das Niveau von der Zeit vor der Einführung der Klarnamenpflicht. Ähnliche Beispiele finden sich auch in anderen Ländern, die ähnliche Studien oder Versuche durchgeführt haben. Die Umsetzung der ÖVP-Pläne bleibt deshalb mehr als fraglich.